



Foto: weisflog.net

Stromautobahnen durch den Blumengarten?

Mehr Bürgerbeteiligung im Planungsverfahren



Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einem der tiefgreifendsten Umbrüche seit ihrer Gründung. Nach dem Unglück in Japan hat Schwarz-Gelb beschlossen, das Zeitalter der Erneuerbaren Energien schneller zu erreichen, als ursprünglich vorgesehen. Dazu bedarf es vor allen Dingen auch eines Ausbaus der Energieinfrastruktur. Insbesondere das Stromnetz muss auf mehreren tausend Kilometern ausgebaut und erneuert werden. Mit den bisherigen Planungsverfahren wird dies in einem kurzen Zeitraum nicht machbar sein. Rainer Brüderle hat daher noch als Wirtschaftsminister Pläne für ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz vorgestellt. „Ohne forcierten Netzausbau wird der Ausbau Erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung nicht vorankommen“, so der Fraktionsvorsitzende Brüderle.

Der Netzausbau wird unweigerlich auch zu mehr Belastung für die Bürgerinnen und Bürger führen, die nahe der entsprechenden Trassen leben. Diese haben verständlicherweise Befürchtungen, ihre Lebensqualität könnte durch nahe Stromautobahnen unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Notwendig ist daher ein modernes Planungsrecht, das auch die Sorgen der Menschen aufgreift und einen fairen Interessensausgleich gewährleistet. Die Diskussion um Stuttgart 21 hat jedoch gezeigt, dass auch rechtlich einmoderner Planungsverfahren Proteste



Patrick Döring

nicht unbedingt verhindern. Vorgänge wie in Stuttgart wären jedoch beim Netzausbau mit Trassen in ganz Deutschland fatal. Die FDP-Bundestagsfraktion hat daher ein Positionspapier erarbeitet mit 16 Punkten zur Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung bei privaten und öffentlichen Investitionen. Mehr Transparenz und Mediation im Planungsrecht im Vorfeld künftiger Großprojekte sollen zu weniger Problemen und schnelleren Verfahren im Nachgang führen. „Wir wollen, bei Wahrung unserer hohen Umweltstandards, die Planungs- und Genehmigungsverfahren für eine nachhaltige Energieversorgung Deutschland deutlich beschleunigen“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Patrick Döring. Hierzu sollen u. a. Genehmigungsverfahren bei Netzinfrstrukturmaßnahmen durch eine langfristige Planung bundeseinheitlich gestaltet und beschleunigt werden. Aber auch über den verstärkten Einsatz von Ersatzgeld als Kompensationsmaßnahme bei Eingriffen in die Natur muss diskutiert werden. Generell muss gelten, „je länger ein Verfahren sich hinzieht, desto besser muss auch die Informationspolitik sein“, meint der Innenexperte Jimmy Schulz.

Beschleunigung der Verfahren bei stärkerer Beteiligung der Bürger. Beides widerspricht sich nicht in einem Rechtsstaat, sondern ergänzt sich. So könnten in Zukunft Bürgerentscheide bei der Bestimmung der Eckpunkte von Planungsverfahren eine stärkere Rolle spielen. Grundsätzlich muss das Planungsrecht für Mediationsverfahren geöffnet werden. Der

Sprecher für Petitionen Stephan Thomae gibt jedoch zu bedenken, dass mehr Mitwirkungsmöglichkeiten „dem Umstand Rechnung tragen muss, dass die zeitlichen Ressourcen der Bürger neben ihren sonstigen beruflichen, familiären und ehrenamtlichen Tätigkeiten begrenzt sind, und sie sich nur in seltenen Fällen über viele Jahre hinweg mit einem Vorgang befassen können“. Daher müssen die Verfahren vor allen Dingen schnell beendet und zügig mit dem Bau begonnen werden. Dies ist eine große Herausforderung, aber notwendig, damit die Energiewende gelingen kann.

Das Positionspapier finden Sie unter www.fdp-fraktion.de/Planungsverfahren.